

Der Volkswirt.

Die Verhandlungen mit dem ungarischen Finanzminister über ein Regiprozessionsverhältnis.

Der ungarische Finanzminister Doktor Szende ist gestern mit der deutschösterreichischen Regierung in Verhandlungen eingetreten, um die Möglichkeit eines Einvernehmens in der Stempelungsaktion zu schaffen. In Ungarn wird eine Verordnung vorbereitet, die sich in Übereinstimmung mit den Sperrverfügungen der deutschösterreichischen Regierung befinden wird.

Die Konferenz mit dem ungarischen Finanzminister fand nachmittags in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Steinwender, Dr. Urban und Dr. Bauer in der Staatskanzlei unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Renner statt. Als Referenten waren anwesend ungarischerseits die Ministerialräte Dr. Ludwig Ballo und Dr. Kallay, ferner die Regierungskommissäre Dr. Ludwig Katona und Josef Nago sowie der Valutareferent Karl Schlesinger, österreichischerseits Ministerialrat Dr. Ritter v. Thaa, Hofrat Doktor Schwarzwald und Dr. v. Mises.

Finanzminister Dr. Szende ergriff zunächst das Wort und betonte, er sei der erste Minister seit der Revolution, der nach Wien begeben habe, um mit der deutschösterreichischen Regierung zu verhandeln. Er freue sich darüber, denn er sei als Vertreter eines freien und demokratischen Staates, einer Volksrepublik, gekommen, um mit den führenden Staatsmännern einer gleichfalls freien Republik zu verhandeln. Er bringe die Grüße der ungarischen Regierung und des Präsidenten Karolyi.

Staatskanzler Dr. Renner erwiderte mit dem Ausdruck des Dankes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft Deutschösterreich und Ungarn mit gegenseitigem Verständnis Fragen von gemeinsamem Interesse erörtern und regeln werden.

Es wurde sodann die prinzipielle Frage eines einvernehmlichen Vorgehens gegenüber den Währungsmaßnahmen des tschecho-slowakischen Staates erörtert und die Bereitschaft hierzu festgestellt. Weder Deutschösterreich noch Ungarn haben die Absicht, das Ausland oder die neutralen Staaten zu schädigen, und sie sind daher entschlossen, Wege zu finden, damit der Verkehr durch die notwendigen Maßnahmen nicht mehr beeinträchtigt werde, als dies unvermeidlich erscheint.

Nach Schluß der gemeinsamen Sitzung traten sofort die Referenten zusammen, um die Einzelberatung in Angriff zu nehmen. In Erwägung gezogen wird die gegenseitige Anerkennung der Zahlungsfähigkeit der gestempelten Noten in Deutschösterreich und Ungarn, falls es zu einer solchen Stempelung kommt. Die Referenten werden heute ihre Arbeit fortsetzen. Nach deren Beendigung werden die Vorschläge vor die Gesamtheit der in Betracht kommenden Staatsmänner zur Beschlussfassung gebracht werden.

Erklärung der beiden Regierungen gegenüber dem Auslande.

Die Regierungen Deutschösterreichs und Ungarns werden jederzeit den neutralen und den feindlichen Staaten eine amtliche Mitteilung zugehen lassen, worin sie ihren Entschluß kundgeben werden, ihren Verpflichtungen dem Auslande gegenüber auf jeden Fall in vollem Maße nachzukommen.

Die Bankkonferenz.

Gestern vormittag wurde im Staatsamt für Finanzen eine neuerliche Besprechung des Referenten Ministerialrates Dr. Ritter v. Thaa mit den Vertretern der Finanzinstitute abgehalten. Auf Grund der nunmehr vorliegenden Vollzugsanweisung über die sofort in Kraft getretenen Sperrverfügungen wurde die zu gewärtigende Rückwirkung der einzelnen Bestimmungen erörtert. Erwähnt sei, daß Ueberweisungen, die bereits im Zuge waren, durchgeführt werden konnten, da die Auftraggeber noch keine Kenntnis von den Anordnungen hatten und man eine schändliche Behandlung der Frage vermeiden wollte.

Postverkehr und Notenabstempelung in Böhmen.

Prag, 17. Februar. Von heute abend werden an den Schaltern der Postämter der tschecho-slowakischen Republik weder rekommandierte noch Expressbriefe nach Deutschösterreich oder Ungarn zur Beförderung angenommen. Einfache Briefe nach diesen Staaten müssen offen aufgegeben werden. Telephonische Gespräche mit Ungarn können seit heute bis auf weiteres nicht mehr abgewickelt werden.

Diese postalische Maßnahme hängt mit der Notenabstempelung zusammen und dürfte erst nach durchgeführter Abstempelung wieder aufgehoben werden.

Ein Artikel des ehemaligen Ministers Forst.

Prag, 17. Februar. (Privattelegramm.) Der ehemalige Handelsminister Dr. Forst, vielleicht der sachkundigste Finanzpolitiker der Tschechen, tritt in einem Artikel, welchen „Narodni Politika“ an der Spitze ihres Sonntagblattes veröffentlicht, mit großer Entschiedenheit gegen die geplante Zurückhaltung der Hälfte der zur Abstempelung gelangenden Banknoten von Staats wegen als verzinsschädliche Ansehen auf. Er erblickt darin eine versteckte Devalvierung, also eine in Gesetzesform vorgenommene Herabsetzung des Kronenwertes auf die Hälfte, und schreibt:

In dem heutigen Entwicklungsstadium wäre die Devalvierung voreilig und jedes Verhältnis, ob 1 zu 2 oder ein anderes, unter allen Umständen rein willkürlich. Das Sinken der Kaufkraft der Krone ist nicht einheitlich. Ihre Kaufkraft gegenüber dem holländischen Gulden und der Mark ist bedeutend höher. Dazu kommt, daß sie bei Zahlung von Steuern, Schulden, Zinsen vollwertig ist. Ein großer Fehler wäre es, die so verschiedenartige Entwertung lediglich auf Rechnung der Krone zu setzen. Die entsetzliche Teuerung geht vielmehr auf die Folge der Steigerung der Warenpreise zurück.

Welchen Anteil an der Entwertung die Ausgabe von Banknoten hatte, ist, solange nicht die Blockade fällt und sich der Markt öffnet, ganz unzulässig anzugeben, und es wäre deshalb eine vorläufige Festsetzung des Betrages, der durch die Devalvierung als Verlust der Besitzer von Banknoten und Forderungen abzuschreiben wäre, vorzeitig, willkürlich, aber auch höchst ungerecht. Die Forderung der Gerechtigkeit wird durch eine vorzeitige und willkürliche Devalvierung gefährlich präjudiziert. Der Elbeseß würde von der Last viel stärker betroffen werden als der Sachseß, die Hypothekenschuldner (Milliarden im tschecho-slowakischen Staat) und der Grundbesitz.

Die Devalvierung, soweit sie notwendig sein wird, kann nur mit einer Vermögenssteuer und in Band gehen. Die vorzeitige Devalvierung würde auch die Löhne, Gehälter, Zinsen, Pensionen und dergleichen schwer treffen, zumindest vorübergehend eine neue Revolution der Marktpreise ansetzen.

Sind, so schließt Dr. Forst seine Darlegungen, obigen Gesichtspunkte richtig, so ist der Verlehrsabzug, der bei der Abstempelung erfolgen würde, keine Devalvierung und kann keine sein.

Die Valutaregulierung in Südslawien.

Agram, 17. Februar. Finanzminister Mincic aus Paris zurückgekehrt und trifft heute in Agram ein. Demnach dürfte die Lösung und Regelung der Valutafrage binnen kurzem erfolgen.

Agram, 17. Februar. (Privattelegramm.) Südslawische Valutafrage befindet sich noch immer Stadium der Besprechungen, deren Abschluß für die Woche zu erwarten ist. In Finanzkreisen herrscht Ungewißheit über die künftige Valuta; man erwartet eine Übergangswährung für wahrnehmlich. Der Umtausch der alten Noten gegen neue ist unüberschaubar. In Agram und Laibach sind Vorbereitungen für die Ausgabe neuer Noten getroffen. Es dürften wahrscheinlich Tausendnoten zur Emission gelangen, doch wird jetzige Umrechnungssatz von 2 K. 50 H. für den Tausendnoten als zu hoch erachtet und wird daher beibehalten werden. Jedenfalls aber soll die Valutafrage für Südslawien selbständig gelöst werden. Gegenwärtig liegt noch alles im dunkeln. Endgültigen Entscheidungen dürfte es plötzlich und überraschend getroffen werden.

Die südslawische Kassenscheinanleihe.

Agram, 17. Februar. Das serbische Amtsblatt teilt, daß der Finanzminister zu einer provisorischen Anleihe von 200 Millionen Kronen behufs Behebung von Kassenscheinen ermächtigt worden ist.